



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen



im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.



WESTDEUTSCHER HANDWERKSKAMMERTAG



Vorab per Fax: 0211 837-1150

Herrn Staatssekretär bei der
Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien
Marc Jan Eumann
Stadttor 1
40219 Düsseldorf

Düsseldorf, 12. Oktober 2010

Gespräch zur Neuordnung der Rundfunkfinanzierung

Sehr geehrter Herr Eumann,

auf der Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 20. bis 22. Oktober 2010 wird die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Kraft, über den Entwurf zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag mitentscheiden.

Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass der Beitrag der deutschen Wirtschaft und der Freien Berufe an der Rundfunkfinanzierung von derzeit 450 Millionen Euro/Jahr auf 800 Millionen Euro/Jahr steigen wird. Das entspricht einer Steigerung von 350 Millionen Euro/Jahr bzw. von 77 Prozent. Allein der zusätzliche Beitrag von der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und den Freien Berufen dürfte demnach über 73 Millionen Euro/Jahr betragen. Damit werden Wirtschaft und Freie Berufe – vor allem die kleinen Unternehmen in NRW – eine Hauptlast an der Neuordnung der Rundfunkfinanzierung tragen.

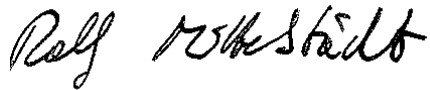
Deshalb wollen wir eine gerechte und unbürokratische Belastung für die nordrhein-westfälische Wirtschaft und die Freien Berufe. Insbesondere wollen wir

1. ein Modell, das kleine Unternehmen deutlich geringer als mittlere und große Unternehmen belastet.
2. einen Unternehmensbezug mit einer Staffelung nach Beschäftigtengrößenklassen statt die Einführung des Betriebsstättenansatzes.
3. keine Diskriminierung von filial- und personalintensiveren Branchen.
4. die Streichung aller Sondertatbestände und damit ein System ohne Brüche, das weder Hotel- und Gästezimmer noch gewerblich, gemeinnützig, öffentlich oder freiberuflich genutzte Kraftfahrzeuge in den zu entrichtenden Rundfunkbeitrag einbezieht.
5. die Festschreibung des Anteils der deutschen Wirtschaft und der Freien Berufe an der Rundfunkfinanzierung auf dem jetzigen Niveau.

In der Regierungserklärung vom 15. September 2010 hat die Ministerpräsidentin, Frau Kraft, eine „Politik des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften“ angeboten. Bisher hat eine Diskussion mit der Wirtschaft und den Freien Berufen in NRW zur Neuordnung der Rundfunkfinanzierung nicht stattgefunden. Gerne nehmen wir daher das Dialogangebot an und bitten Sie um ein Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen
sind wir Ihre

**IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen e. V.**



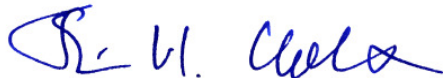
**Dr. Ralf Mittelstädt
Hauptgeschäftsführer**

**Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e. V.**



**André Busshoven
Geschäftsführer**

WESTDEUTSCHER HANDWERKSKAMMERTAG



**Reiner Nolten
Hauptgeschäftsführer**